

DAS THEMA

Angesichts der Diskussion um die Weitergabe von ungeschwärzten Akten aus Thüringen an den NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestags unterstützt Bodo Ramelow ausdrücklich das Vorgehen von Innenminister Jörg Geibert.

„Nicht der Akten-Transfer ist ein Skandal, sondern das Kanonenfeuer der Kritik darüber. Was sich hier 15 Landesminister und der Bundesinnenminister leisten, hat mit ernsthaftem Aufklärungswillen nichts zu tun“, sagte der Vorsitzende der Linksfraktion. Im Übrigen enthielten die Akten gar keine Klarnamen von V-Leuten.

Statt endlich die Verstrickungen von Geheimdiensten und deren Spitzeln sowie das Versagen anderer Sicherheitsbehörden lückenlos klarzustellen, gehe offenkundig „der Schutz des Geheimen in den Geheimdiensten vor“, so der LINKE-Politiker, der Zweifel hat, ob die Haltung der anderen Innenminister mit Grundsätzen des rechtsstaatlichen Handelns vereinbar ist. Es habe den Anschein, „als wäre der ganze Vorgang eine Lehrstunde zur Missachtung des Rechtsstaats und man hat eine Propagandamaschine zur Aufrechterhaltung der Verschleierungstaktik in

Mahnung mit Gedenkort

Keine Störaktionen gegen konsequente Aufklärung

Gang gesetzt“. Es sei „bezeichnend, dass immer noch durch engagierte Journalisten und durch Abgeordnete in Bund und Ländern maßgebliche Antworten auf offene Fragen gefunden werden, nicht aber durch die Sicherheitsbehörden selbst. Der Thüringer Innenminister hat die Voraussetzung geschaffen, dass endlich ein Bundesland anfängt, mit den Abgeordneten gemeinsam und nachhaltig Aufklärung zu betreiben. Diese Bemühungen zu behindern, ist der eigentliche Skandal“.

Anknüpfend an die Aussagen von Christine Lieberknecht, die am Tag der Deutschen Einheit auf die Zäsur für Thüringen durch das Bekanntwerden des Mordzuges von Neonazis hinwies, hat sich Bodo Ramelow mit einem Schreiben an die Ministerpräsidentin gewandt: „Angesichts des verheerenden Naziterrors müsste in Thüringen ein würdiger Gedenkort sowie eine geeignete Form des Gedenkens geschaffen werden. Die rassistische Mordserie des NSU, der zehn Menschen zum Op-

fer fielen, und andere neonazistische Übergriffe sollten einen Ort der Mahnung im öffentlichen Bewusstsein und im öffentlichen Raum finden.“

Unter anderem in Kassel und in Dortmund wurden bereits Gedenkort an die Opfer des Neonaziterrors eingeweiht. „Der so genannte Nationalsozialistische Untergrund ist in Thüringen entstanden. Davor können wir die Augen nicht verschließen und daraus resultiert eine besondere Verantwortung.“

Wir stehen in der Pflicht, einerseits für eine würdige Erinnerung an die Opfer zu sorgen, gleichzeitig aber die Bürgerinnen und Bürger in Thüringen aufzufordern und zu ermutigen, sich menschenfeindlichen Ideologien entgegenzustellen“, so der LINKE-Fraktionsvorsitzende, der die Landesregierung auffordert, sich der Idee für einen Gedenkort anzunehmen. Konkrete Vorschläge für eine würdige Form des Gedenkens sollten mithilfe einer öffentlichen Diskussion unter wissenschaftlicher Begleitung erarbeitet werden. ■

KURZ UND PRÄGNANT

„Ein schlechter Scherz“

Als einen „schlechten Scherz“, bezeichnete MdL Martina Renner den Haushaltsvorschlag der Landesregierung für den Etat des Verfassungsschutzes, wonach ihm im kommenden Jahr über 120.000 Euro – mehr als noch in diesem Jahr – für nachrichtendienstliche Tätigkeit zugestanden werden.

„Ausgerechnet dem Dienst, dessen Mitverantwortung und Versagen im Zusammenhang mit dem Entstehen militanter neonazistischer Strukturen und den Morden des NSU seit Monaten offenkundig ist, einem Geheimdienst, dem selbst der Thüringer Innenminister nicht mehr über den Weg traut, nun noch mehr Geld für noch mehr Spitzel und technische Spitzelei geben zu wollen, ist eine Unverfrorenheit. Ein solcher Vorschlag muss vom Thüringer Landtag in Bausch und Bogen zurückgewiesen zu werden.“ Die Abgeordnete machte deutlich, dass es jedoch nicht um die Erhaltung eines Status quo gehen dürfe, sondern um „die Überwindung eines gescheiterten, nicht kontrollierbaren, aber vor allem grundrechtsfeindlichen Systems“. ■

Erkennen und offenlegen

In Thüringen existiert eine Reihe neonazistischer Vertriebsstrukturen. Der wohl bedeutendste rechte Szeneladen mit Internetshop „Ansgar Aryan“ aus Oberhof widerlegt erneut das „rechte Saubermann-Image“. In der Antwort der Landesregierung auf Anfragen der Landtagsabgeordneten Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion, werden u.a. Strafverfahren gegen den Betreiber Daniel K. aufgelistet. Er wurde wegen Drogenhandel zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt und profilierte sich nach seiner Haftentlassung in der rechten Szene mit dem Vertrieb einer eigenen rechten Modemarke, die mittlerweile bundesweite Bedeutung hat.

Bemerkenswert sind vor allem dessen Verbindungen zur NPD. Verkaufsstände seiner Marke, die scheinbar der Firmeninhaber persönlich betrieb, waren fast ausschließlich bei NPD-Veranstaltungen, wie dem jährlichen NPD-Rechtsrock-Konzert in Gera „Rock für Deutschland“ oder dem Pressefest der NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme“. „Netzwerke der Neonazis erkennen, durchschauen und gegen sie vorgehen, bedeutet, Strukturen abseits der NPD in den Blick zu nehmen und insbesondere Verbindungen der so genannten ‚Freien Netze‘ und Kameradschaften offenzulegen“, so Katharina König abschließend. ■

Keine Sensationen, aber aufschlussreiche Hinweise

Der Raum 107 des Tagungszentrums der Bundespressekonferenz in Berlin ist überfüllt am 4. Oktober, als der Ares Verlag aus Graz sein neuestes Produkt vorstellt. Der Andrang gilt einem Buch und seinem Autor, der in den letzten Monaten die Medien beschäftigt hat: „Nur für den Dienstgebrauch. Als Verfassungsschutz-Chef im Osten Deutschlands“, von Helmut Roewer. Sensationen bietet die Veranstaltung allerdings nicht: eine Nachfrage zum ominösen V-Mann „Günter“ etwa, seinerzeit offenbar der thüringenweit bestverdienende Spitzel des Inlandsgeheimdienstes, wird abgeblüht – er habe nicht vor, Quellen zu enttarnen, sagt Roewer.

Der frühere Verfassungsschutzpräsident sei im Untersuchungsausschuss des Thüringer Landtags befragt worden und werde sich auch dazu äußern sowie „einige der in den letzten Monaten verbreiteten Informationen korrigieren“, heißt es ausdrücklich in der Einladung. Grund genug, vor Ort zu sein. Wobei es nur drei, vier Journalisten aus Thüringen sind, die sich nach Berlin begeben hatten. Die meisten Anwesenden aus der schreibenden und sendenden Zunft gehören zu den Hauptstadtmedien.

Verleger Wolfgang Dvorak-Stocker vertieft zunächst den Eindruck, es gehe um das Thema, das mehrere Untersuchungsausschüsse beschäftigt. Es werde von Roewer einiges richtig gestellt, denn Medienberichte über ihn seien nicht alle fair und richtig. Weitere Anmerkungen des Verlegers zum Buchinhalt lassen aufhorchen: in Thüringen habe sich ab 1990 der west-

deutsche Parteienstaat „nahezu mit mafiosen Strukturen etabliert“, eine Partei – die CDU – habe versucht, den Landesgeheimdienst gegen die politische Konkurrenz zu instrumentalisieren. Helmut Roewer macht sofort klar, dass er „kein Buch über die NSU“ geschrieben habe – dieses Kürzel sei ihm

phale Verhältnisse“ vorgefunden, listet Probleme im eigenen Haus auf und bei der Polizei – er möchte erkennbar (und das ist legitim) nicht als Sündenbock für komplexes Versagen der Sicherheitsbehörden herhalten.

Der Wert des Buches liegt eher in einem anderen Bereich. Wer Material für



eine Skandalgeschichte Thüringens sucht, die oft mit dem Parteikürzel CDU verbunden ist, wird fündig. Roewer bleibt dabei: der Auftrag zur Bespitzelung zweier Kommunalpolitiker der Freien Wähler aus Blankenhain sei direkt von Innenminister Köckert (CDU) ge-

bis zum November 2011 nicht bekannt gewesen. Der Verlag relativiert die Gefährlichkeit der Neonazi-Terroristen sogar, spricht auf der Homepage nur über „drei Politgangster“. Das ist unangemessen. Sein Buch speise sich aus Quellenstudium, eigenen Tagebüchern und Kalendernotizen, erläutert Roewer. Immerhin betont er zu Beginn, er sei vom April 1994 bis 7. Juni 2000 „verantwortlich dafür gewesen, was in dieser Behörde passiert ist“.

Die Behörde, das ist das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz, das im Zusammenhang mit dem Untertauen der späteren NSU-Terroristen erheblich in der Kritik steht. Und auch Roewer erläutert, er habe „katastro-

kommen. Über das Parteiensystem, das ihm 1994 begegnet ist, schreibt Roewer: „eine völlig gewendete CDU, eine winzige Ost-SPD und die mit sich selbst beschäftigte PDS“.

Die kritischen Fragen zum rechtslastigen Profil des Ares-Verlages, die in Berlin berechtigt gestellt wurden, blieben indes zurückgewiesen und unbeantwortet. Ein Blick in das mit „Eisernem Kreuz“ illustrierte Verlagsprogramm ist aufschlussreich.

Stefan Wogawa

Helmut Roewer: *Nur für den Dienstgebrauch. Als Verfassungsschutzchef im Osten Deutschlands*, Ares-Verlag, 280 Seiten, 24,90 Euro, ISBN 978-3-902732-09-5 ■